L1 Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.04.2025
Tagesordnungspunkt:	6. Leitantrag: "Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern"

Antragstext

Mehr als nur ein Meer: die Ostsee. Sie prägt unser Leben in Mecklenburg-Vorpommern auf vielfältige Weise. Sie formt von jeher unsere Landschaft, liefert Energie und Nahrung. Als Klimafaktor sorgt sie für angenehm kühle Sommer und milde Winter. Doch sie ist noch viel mehr: Sie ist Lebensraum, Wirtschaftsraum und Erholungsort. Mit ihrer Schönheit und Vielfalt zieht sie jedes Jahr Millionen von Besuchern an – und macht Mecklenburg-Vorpommern auch 2024 erneut zum beliebtesten Reiseziel in Deutschland [1]. Als sensibles ökologisches System verdient die Ostsee unseren besonderen Schutz und verantwortungsvolles Handeln.

Denn Fakt ist: Die Ostsee steht unter Druck. Laut EU-Klimadienst Copernicus, war 2024 das heißeste Jahr in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen [2]. Während sich die Weltmeere in den letzten 30 Jahren um 0,5 Grad erwärmten, stieg die Temperatur der Ostsee überdurchschnittlich an – um etwa zwei Grad. Zusätzlich belasten Emissionen aus Industrie und Schifffahrt sowie Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft das fragile Ökosystem. Seit Jahrzehnten kämpft die Ostsee mit Problemen wir Überdüngung, Vermüllung und gefährlichen Altlasten wie Weltkriegsmunition – eine schleichende Bedrohung für Mensch und Natur.

Die Folgen sind längst spürbar: Der Meeresspiegel steigt, Sturmfluten nehmen zu, maritime Lebensräume schwinden. Diese Entwicklungen bringen tiefgreifende Folgen mit sich – vom Rückgang der Fischbestände bis hin zu verstärkter Küstenerosion. Traditionelle Wirtschaftsbereiche, wie die Küstenfischerei und der Tourismus, geraten zunehmend unter Druck. Gleichzeitig verschärfen sich die sicherheitspolitischen Spannungen im Ostseeraum – was eine nachhaltige und friedensorientierte Politik umso wichtiger macht. Insbesondere die zunehmenden hybriden Bedrohungen durch Russland – wie z.B. die Durchfahrt von maroden Tankern, die Beschädigung von Datenkabeln oder direkte militärische Präsenz - machen deutlich, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen und die Verteidigungsfähigkeit der Küstenregion und des Ostseeraums zu einer Priorität der Landes- und Bundespolitik werden müssen. .

Die Ostsee ist Natur-, Lebens- und Wirtschaftsraum. Ihr Schutz ist eine Investition in unsere Zukunft - in Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität. Deshalb setzen wir uns für einen ganzheitlichen Ansatz ein, der ökologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Perspektiven vereint. Für ein klimaneutrales, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern.

Als Küstenland trägt MV eine besondere Verantwortung. Es ist entscheidend, dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken und gleichzeitig aktiv Anpassungsmaßnahmen an seine Folgen zu gestalten. Wir sind überzeugt: Unsere Region bietet große Chancen für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau erneuerbarer Energien, eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik und gezielter Meeresschutz können Mecklenburg-Vorpommern zum Leuchtturm für nachhaltiges Wirtschaften machen. Ein zentraler Hebel liegt in einer verstärkten europäischen

Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen der EU-Ostseestrategie sowie gemeinsamen Forschungsaktivitäten im Ostseeraum. Zusammen mit unseren Nachbarn wollen wir grenzüberschreitende Lösungen entwickeln: für Klimaschutz, maritime Sicherheit und eine nachhaltige Nutzung der Ostsee. Mecklenburg-Vorpommern kann dabei als Brückenbauerin und Modellregion eine führende Rolle übernehmen.

1. Schutz der Ostsee

Als flaches Randmeer ist die Ostsee besonders anfällig für die Folgen der Klimakrise. Steigende Wassertemperaturen, die Ausbreitung sauerstoffarmer Zonen („Todeszonen“) sowie der dramatische Rückgang der Dorsch- und Heringsbestände zeigen, dass unsere Meeresumwelt unter gewaltigem Druck steht. Doch statt entschlossen gegenzusteuern, gelangen weiterhin zu viele Nährstoffe in die Ostsee – ein klarer Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) und den HELCOM-Aktionsplan (Baltic Sea Action Plan). Allein aus Mecklenburg-Vorpommern gelangen jährlich rund 380 Tonnen Phosphor und 14.100 Tonnen Stickstoff in die Ostsee, überwiegend aus landwirtschaftlichen Quellen [3]. Durch fortschreitende Korrosion treten bereits heute giftige Sprengstoffverbindungen aus – mit zunehmender Gefahr für die Meeresumwelt [4].

Meeresschutzgebiete sind unter diesen Bedingungen dringend notwendige Rückzugsorte für bedrohte Arten und ein Schutzraum für deren Lebensräume. Etwa 45 Prozent der deutschen Meeresfläche in der Ostsee sind bereits als Schutzgebiete ausgewiesen. Die Ausweisung von Gebieten allein bedeutet jedoch nicht automatisch, dass diese auch umfassend und nachhaltig geschützt sind. So gibt es zwar für eine Reihe von Meeresschutzgebieten Managementpläne, diese sind aber teilweise unkonkret und lückenhaft - ein Zustand, der von Umweltverbänden, Wissenschaftler*innen und EU-Institutionen immer wieder kritisiert wird. Diese unklare Situation führt dazu, dass Schutzgebiete weiterhin intensiv wirtschaftlich genutzt werden – etwa durch die Fischerei, die Schifffahrt oder für den Abbau von Sand und Kies. Für wirksamen Schutz braucht es verbindlichere Regeln, eine konsequente Überwachung und besser abgestimmte Maßnahmen – vor allem zwischen Bund und Ländern. Die Einhaltung europäischer Vorgaben – von der EU-Wasserrahmenrichtlinie über das Natura-2000-System bis zur EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie – muss auch auf Landesebene hohe Priorität haben.

Um die Ostsee wirksamer zu schützen, fordern wir ein umfassendes Maßnahmenpaket.

Nährstoffeinträge begrenzen

- Die Landesregierung wird beauftragt, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 einen klaren Fokus auf die Förderung einer ökologisch nachhaltigen und gewässerschonenden Landwirtschaft legt.

- Die landesspezifischen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM) sollen verbessert und auf eine wirksame Nährstoffreduktion in der Landwirtschaft ausgerichtet werden.

- Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen der „Strategie zum Schutz und zur Nutzung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern“ und berücksichtigt

insbesondere degradierte Moore an der Küste und an Fließgewässern, die ein hohes Potenzial für den Nährstoffrückhalt bieten.

- Auf Landesebene soll ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement eingeführt werden, das die Entwicklung eines landesweiten Monitoringsystems für Nährstoffeinträge umfasst.

- Das Landeswassergesetz muss überarbeitet werden, damit es wirksame und gleichzeitig bürokratiearme Festlegungen zum Schutz der Gewässer enthält, zum Beispiel über erweiterte Gewässerschutzstreifen und die Einführung eines elektronischen Meldesystems für Wirtschaftsdünger nach Vorbild von NRW und Niedersachsen.

Müllbelastung reduzieren

- Die Landesregierung soll Präventionsmaßnahmen ergreifen, insbesondere entlang der Küste – zum Beispiel die Förderung von Mehrwegverpackungen, Pfandsystemen und Recyclingstrukturen in Tourismusregionen.

- Der Coastal Cleanup Day soll ein landesweiter Aktionstag werden, der fest verankert in allen Bereichen ist. Neben der direkten Reinigung der Strände trägt der Aktionstag wesentlich zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung von Abfallvermeidung und Umweltschutz bei.

- Es müssen Maßnahmen und Projekte angestoßen werden, um die Verschmutzung durch Zigarettenkippen an den Stränden zu verringern. Dabei soll sich das Land an anderen Projekten orientieren, die bereits Erfolg hatten – Eckernförde (SH) zum Beispiel, führte 2022 rauchfreie Bereiche ein, wodurch die Zahl der Zigarettenstummel halbiert wurde – ganz ohne aktive Kontrolle.

- Die Landesregierung soll die Küstenkommunen bei der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer für Einwegverpackungen unterstützen, etwa durch rechtliche Beratung, Mustersatzungen und Förderprogramme.

- Die Landesregierung soll ein Landesprogramm zur Bergung von verlorenen Fischernetzen („Geisternetze“) dauerhaft finanzieren, sowie Programme zur Vermeidung von Netzverlusten initiieren.

Munitionsaltlasten beseitigen

- Einrichtung eines Expertenkreises „Munition im Meer“ auf Landesebene nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins, um die Beräumung strategisch voranzutreiben.

- Aktive Unterstützung des begonnenen Prozesses zwischen Bund und Ländern zur Bergung der Munitionsaltlasten im Meer und Eintreten für eine faire Verteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern.

Schutzgebiete stärken

- Konsequente Fortführung und Ausbau des Engagements Mecklenburg-Vorpommerns im Rahmen der EU-Ostseestrategie. Bestehende Kooperationen mit

Partnerregionen im Ostseeraum sollen intensiviert und neue Partnerschaften initiiert werden.

- Konsequenter Schutz bestehender Schutzgebiete in der Ostsee (wie FFH- und Vogelschutzgebiete), zum Beispiel durch die Erarbeitung von Zonierungskonzepten mit Fischerei und Nutzungsverboten in sensiblen Zonen.

- Wiederherstellung von Laich- und Rückzugsgebieten für Fische über die Renaturierung von Küstengewässern, Bodden und Flachwasserzonen zur Wiederherstellung von wichtigen Lebensräumen (z.B. für Dorsch, Hering, Meerforelle).

- Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Schutzgebietsmanagements mit konsequenter Umsetzung von Schutz- und Kontrollmaßnahmen auf der Basis ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen

- Stärkung der Umsetzung europäischer Umweltziele auf Landesebene durch Beteiligung an EU-Förderprogrammen wie LIFE und INTERREG, die Förderung nachhaltiger Regionalentwicklung und Kooperation mit Partnerregionen im Ostseeraum.

- Förderung von Bildungsprojekten und Beteiligungsformaten an Schulen, Museen und Nationalparkeinrichtungen

- Informationskampagnen für die lokale Bevölkerung zu marinen Schutzgebieten, mariner Artenvielfalt und zur Notwendigkeit eines regulierenden Schutzgebietsmanagements.

2. Küstenschutz

Der durch den Klimawandel bedingte Meeresspiegelanstieg stellt eine zunehmende Herausforderung für die Küstenregionen entlang der Ostsee dar. Stärkere und häufigere Sturmfluten sowie verstärkte Küstenerosion bedrohen sowohl Siedlungen, Infrastruktur und landwirtschaftlich genutzten Flächen als auch wertvolle Naturräume. Wellen, Brandung und Strömungen drängen die Küste kontinuierlich zurück, sodass Gemeinden sich gleichermaßen vor Überflutung und Erosion schützen müssen. Der größte Teil des Schutzes wird dabei durch Küstenschutzdünen, Deiche und Buhnen geleistet. Zusätzlich sollen technische Verfahren wie Aufspülungen oder Baggerungen verhindern, dass sich die Küstenmorphologie verändert. All diese traditionellen Küstenschutzmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und greifen oft stark in die natürlichen Prozesse ein. Dabei geht es auch anders. Seegraswiesen, renaturierte Feuchtgebiete und Dünen bieten vielfältige Vorteile: Sie schützen die Küste, fördern die Biodiversität, binden CO_2 und passen sich dynamisch an veränderte Bedingungen an. Mecklenburg-Vorpommern hat mit seiner langen Ostseeküste eine besondere Verantwortung, innovative und nachhaltige Küstenschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig ist, dass die Konzepte auf wissenschaftlich basierten Prognosen des Meeresspiegelanstiegs aufbauen. So können sie auch als Modellprojekte für andere Küstenregionen dienen und die Vorreiterrolle des Landes im Bereich des ökologischen Küstenschutzes stärken.

Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpaketes zum Schutz der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern:

- Die vorhandenen Deiche sollen auf ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Sturmfluten und steigendem Meeresspiegel überprüft und wo nötig verstärkt werden. Dabei sollen ökologische Bauweisen bevorzugt werden, die Raum für natürliche Dynamiken lassen und gleichzeitig den Schutz von Küstenorten gewährleisten.

- In geeigneten Bereichen sollen kontrollierte Überflutungsflächen geschaffen werden, die bei Sturmfluten als natürliche Puffer dienen. Gleichzeitig sollen degradierte Küstenfeuchtgebiete renaturiert werden, um ihre Funktion als natürliche Küstenschutzsysteme wiederherzustellen.

- Dünen sind natürliche Barrieren gegen Sturmfluten. Es sollen Programme zur Stabilisierung und zum Schutz bestehender Dünensysteme sowie zur Neuanlage von Dünen in gefährdeten Küstenabschnitten entwickelt werden. Dabei dürfen die wenigen verbliebenen naturnahen Dünen- und Strandwallbereiche nicht mit künstlichen Befestigungen oder Steinanschüttungen befestigt werden.

- Seegraswiesen sind natürliche Wellenbrecher, die Erosion verhindern, CO2 binden und wichtige Lebensräume für die marine Biodiversität. Projekte zur Entwicklung wissenschaftlich fundierter Konzepte zur Renaturierung von Seegraswiesen sind notwendig.

- Wir fordern ein schnelleres und besser koordiniertes Handeln der verschiedenen Akteure und Verwaltungsebenen. Dabei müssen die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse in das Landesraumentwicklungsprogramme-MV und die betroffenen Regionalen Raumentwicklungsprogramme der Planungsverbände eingebunden werden.

3. Erneuerbare Energien

Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, eine Vorreiterrolle bei der Energiewende einzunehmen und bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Dafür müssen wir den bereits geplanten Ausbau erneuerbarer Energien massiv vorantreiben und unnötige fossile Infrastruktur vermeiden. Offshore-Windenergie ist besonders effizient, denn auf See weht der Wind beständiger und durchschnittlich stärker als an Land. Auf Meeresflächen erzeugter Windstrom ist also ein wichtiger Baustein, um eine nachhaltige Energieversorgung und damit die deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen.

Wir fordern, Offshore-Windkraft zur zentralen Säule der Energiewende zu machen

- Wir fordern den zügigen Personalaufbau bei den Planungsbehörden, damit die zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, den Netzbetreibern und den

Küstenländern vereinbarten Offshore-Realisierungsvereinbarungen fristgerecht umgesetzt werden können.

- Wir setzen uns für die Entwicklung von Küsten- und Hafenkonzepten ein, um Mecklenburg-Vorpommern als zentralen Standort für Offshore-Technologie und industrielle Wertschöpfung nachhaltig zu stärken.

- Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen für die Mehrfachnutzung von Offshore-Windparks schaffen, insbesondere zur Integration von Blue Economy-Anwendungen wie der Meeresalgenproduktion an unterseeischen Strukturen der Windkraftanlagen.

Ergänzend soll eine grüne Wasserstoff-Infrastruktur aufgebaut werden

- Hafeninfrastruktur fit für die Anlandung, das Bunkern und Betanken mit Wasserstoff machen.

- Wir setzen uns dafür ein, bestehende fossile Infrastrukturen in grüne Wasserstoff-Infrastruktur umzunutzen, um bestehende Strukturen effizient weiterzuverwenden und Kosten zu senken.

- Wir unterstützen gezielte und langfristige Investitionen in Wasserstoff-Technologien und Speicherlösungen, die das grüne Wasserstoffkernnetz sinnvoll ergänzen und die Energiewende absichern.

- Wir fordern den zügigen Ausbau der Hafeninfrastruktur, um die Anlandung, das Bunkern und das Betanken mit Wasserstoff flächendeckend zu ermöglichen und Häfen zukunftsfähig aufzustellen.

4. Wirtschaft – Nachhaltigkeit als Chance für Mecklenburg-Vorpommern

Die maritime Wirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere für den Bereich der erneuerbaren Energien auf Wachstumskurs. Die Fischerei hingegen steht vor existenziellen Herausforderungen. Der Klimawandel, Jahrzehnte der Überfischung und hohe Nährstoffeinträge ließen die Bestände von Dorsch und Hering massiv einbrechen. Gleichzeitig bieten nachhaltiger Tourismus, eine umweltfreundliche maritime Wirtschaft und innovative Technologien große Chancen für die Zukunft.

Wir fordern eine nachhaltige Wirtschaft an der Ostsee.

Nachhaltige Seehäfen:

- Statt Flächenerweiterungen in ökologisch sensiblen Küstenabschnitten soll eine effizientere Nutzung der bestehenden Hafeninfrastruktur priorisiert werden. Bei unvermeidbaren Kapazitätserweiterungen sollen Flächen im Hinterland genutzt werden, die eine geringere ökologische Sensibilität aufweisen. Hierfür sind entsprechende raumplanerische Konzepte zu entwickeln.

- Die landseitige Stromversorgung für Schiffe (Shore Power) soll in allen Ostseehäfen des Landes flächendeckend ausgebaut werden, um die

Luftverschmutzung durch laufende Schiffsmotoren in den Häfen zu reduzieren.

- Die Anbindung der Häfen an das Schienennetz muss deutlich verbessert werden. Ein Großteil des Hinterlandverkehrs der Ostseehäfen soll auf die Schiene verlagert werden. Dafür sind entsprechende Infrastrukturmaßnahmen zu planen und umzusetzen.

- In allen Ostseehäfen sollen moderne Abfallentsorgungskonzepte implementiert werden, die eine umweltgerechte Entsorgung von Schiffsabfällen zu gewährleisten und Anreize für Abfallvermeidung zu schaffen.

Zukunft der Werften – Nachhaltige Transformation statt Krise

- Wir wollen nachhaltiges und umweltfreundliches Schiffsrecycling an Standorten in Mecklenburg-Vorpommern fördern. Dafür fordern wir ein Konzept für die Etablierung moderner Schiffsrecycling-Betriebe zu entwickeln, die höchsten Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entsprechen. Gleichzeitig soll sich die Landesregierung auf Bundesebene für die notwendige Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen einsetzen, um diese zukunftsträchtige Branche in Deutschland zu ermöglichen.

- Die Werften und Zulieferbetriebe sollen bei der Umstellung auf klimafreundliche Schiffstechnologien unterstützt werden, sowohl bei Entwicklung und Bau von Schiffen mit alternativen, nachhaltigen Antriebssystemen als auch Reedereien und Schiffseigner bei der Umrüstung ihrer Flotten auf umweltfreundlichere Technologien.

- Die Forschungsinfrastruktur für maritime Technologien in Mecklenburg-Vorpommern soll ausgebaut werden, indem branchenspezifische Technologiezentren, insbesondere der Ocean Technology Campus im Fischereihafen Rostock, gefördert werden.

- Es soll ein Programm entwickelt werden, um die Werftindustrie in den Ausbau erneuerbarer Energien zu integrieren. Dabei sollen Werften und maritime Zulieferer bei der Umstellung ihrer Produktion auf Komponenten für Offshore-Windkraftanlagen und andere erneuerbare Energietechnologien unterstützt werden. Dies umfasst Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte sowie Investitionsförderungen für notwendige Umrüstungen der Produktionsanlagen.

Nachhaltiger Tourismus – Natur und Wirtschaft in Einklang bringen

- Der aktuelle Gesetzesentwurf zum Landestourismusgesetz soll um verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Hotels, Gastronomie und Freizeitangebote ergänzt werden. Diese Kriterien sollen ökologische Standards, regionale Wirtschaftskreisläufe und soziale Nachhaltigkeit umfassen.

- Das Land muss strenge Vorgaben für die Planung und Genehmigung touristischer Großprojekte in natursensiblen Bereichen entwickeln. Diese Vorgaben müssen eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung,

Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeitsbewertung beinhalten. Touristische Großprojekte wie der geplante Center-Parcs auf der Halbinsel Pütnitz werden derzeit ohne ausreichende Berücksichtigung von Umweltbelangen und ohne angemessene Bürgerbeteiligung vorangetrieben. Dies führt zu Konflikten und gefährdet die Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung [5].

- Ein landesweites Verkehrssteuerungskonzepts für touristische Hotspots soll in Zusammenarbeit mit Kommunen und Tourismusverbänden erarbeitet werden. Darin sollen insbesondere kostenlose Shuttlebusse und Park-and-Ride-Angebote mitgedacht werden. Die Verkehrssituation auf Rügen und dem Fischland/Darß hat sich in den Sommermonaten dramatisch zugespitzt. Hier bedarf es intelligenter Verkehrslösungen, um Staus zu vermeiden und die Umweltbelastung zu reduzieren.

- Wir fordern die Einführung einer landesweiten Gästekarte, die zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt und auch für Einheimische zu vergünstigten Konditionen verfügbar ist. Parallel dazu soll das ÖPNV- und SPNV-Angebot in touristischen Regionen ausgebaut werden. Das würde nicht nur den Individualverkehr reduzieren, sondern auch die Attraktivität des Urlaubsziels Mecklenburg-Vorpommern steigern. Gleichzeitig profitieren Einheimische von einem verbesserten ÖPNV-Angebot.

- Ein Förderprogramm für sanften Tourismus in den Nationalparks soll aufgelegt werden. Dieses soll Projekte unterstützen, die Naturerlebnisse und Umweltbildung in den Mittelpunkt stellen und besonders nachhaltige Tourismuskonzepte entwickeln. Nationalparks wie Vorpommersche Boddenlandschaft/Jasmund zeigen bereits erste Überlastungserscheinungen. Ein nachhaltiges Besuchermanagement ist erforderlich, um diese wertvollen Naturräume zu schützen.

- In den Küstenregionen sollen Tourismus-Bürger*innenräten eingerichtet werden, die bei der Entwicklung touristischer Konzepte mitwirken und die Interessen der lokalen Bevölkerung vertreten. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung stärkt die Akzeptanz des Tourismus und ermöglicht eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht wird.

- In den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns soll eine gestaffelte Umweltabgabe für Kreuzfahrtschiffe eingeführt werden, deren Höhe sich nach Schiffsgröße, Umweltstandards und Verweildauer richtet. Die Einnahmen sollen zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen in den Hafenstädten verwendet werden.

Nachhaltige Fischerei und Schutz der Meeresressourcen:

- Fischereibetriebe sollen künftig bei der Diversifizierung unterstützt werden, zum Beispiel in Bereichen der Erschließung neuer Zielarten, Tourismus, Umweltbildung und Meeresnaturschutz. So wird die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe gesichert.

- Die Zusatzqualifikation zum Fachwirt „Fischerei und Meeresumwelt“ (Sea-Ranger) soll verstetigt werden. Sie soll in die Ausbildung zur Fischwirt*in integriert werden, um zur Diversifizierung und Stabilisierung

von Einkommen insbesondere in der Küstenfischerei beizutragen und das Berufsbild zeitgemäß und vor allem auch attraktiv zu gestalten.

- Forschung und Beratung für Fischereiunternehmen soll stärker gefördert werden, um Nachhaltigkeit in der Fischerei und umweltfreundliche Fangmethoden zu entwickeln.

- Es soll eine Landesförderung geschaffen werden, die speziell auf die nachhaltige Kleinfischerei ausgerichtet ist.

5. Sicherheitspolitik: Tatort Ostsee

Die geopolitischen Spannungen in der Ostseeregion nehmen zu. Der maritime Raum Mecklenburg-Vorpommerns gerät stärker in den Fokus internationaler Akteure. Insbesondere die russische Schattenflotte stand dabei zuletzt wiederholt im Verdacht. Viele dieser Schiffe fahren unter wechselnden Flaggen, sind über verschachtelte Konstrukte in Drittstaaten registriert und umgehen gezielt Sanktionen. Sie nutzen Täuschungstaktiken wie das Abschalten von Ortungssystemen, um ihre Herkunft und ihre Fracht zu verschleiern. So verlor der Öltanker Eventin im Februar 2024 die Manövrierfähigkeit und drohte zu havarieren. Kurz darauf kam es zu einem ähnlichen Notfall des Tankers Jazz, bei dem Sabotage vermutet wird. Ende 2024 durchtrennte das Schiff Eagle S Unterseekabel zwischen Estland und Finnland. All diese Vorfälle zeigen: Energie- und Kommunikationsleitungen in der Ostsee geraten systematisch ins Visier - mit weitreichenden Folgen. Stromverbindungen und Kommunikationskabel sind essenziell für Versorgung, Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Hinzu kommt das Umwelt- und Sicherheitsrisiko durch alte, schlecht gewartete Öltanker. Im Havariefall drohen verheerende Folgen für Natur und Küstenregionen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen und unterstützen wir den Aufbau der NATO Baltic Task Force in Rostock und die enge Zusammenarbeit mit der NATO Mission Baltic Sentry.

Doch wir wollen noch weitere Maßnahmen ergreifen, um den Frieden im Ostseeraum zu sichern.

Katastrophenschutz ausbauen

- Relevante Teile der Union Preparedness Strategy sollen umgesetzt werden - mit besonderem Fokus auf den Ausbau und regelmäßige Wartung von Frühwarnsystemen für verschiedene Katastrophenszenarien (Hochwasser, Sturmfluten, Waldbrände etc.). Zudem sollen Redundanzen für kritische Infrastruktur geschaffen werden, insbesondere für Krankenhäuser, Feuerwehren und andere Einrichtungen des Katastrophenschutzes: Die Durchführung regelmäßiger Übungen und Stresstests für verschiedene Einsatzszenarien unter Einbeziehung aller relevanten Akteure sollen ebenfalls vorangetrieben werden.

- Der 2021 beschlossene Schulungsstandort der „Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“ auf dem Stralsunder Dänholm mit dem Schwerpunkt „Wasserrettung“ ist umgehend durch das

Bundesinnenministerium umzusetzen. Die für den Neubau benötigten Gelder sind durch den Bundeshaushalt bereitzustellen.

- Die Koordination zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen muss verbessert werden. Es braucht dafür die Etablierung klarer Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene, sowie regelmäßige gemeinsame Übungen und Schulungen der Katastrophenschutzbehörden aller Ebenen, dabei muss Katastrophenschutz inklusiv gedacht werden. Die Ausarbeitung klar definierter Zuständigkeiten und Reaktionsmechanismen muss ebenfalls forciert werden.

- Absicherung gegen wirtschaftliche Schäden und Umweltkatastrophen durch die Einrichtung eines Landeshilfsfonds für Katastrophenfälle, in denen Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

- Die Kooperation mit dem privaten Sektor soll intensiviert werden, insbesondere beim Austausch von Informationen durch die Betreiber der Unterseekabel, um eine schnelle Reparatur zu gewährleisten und damit den potenziellen Schaden zu minimieren.

Sicherheit im Ostseeraum stärken

- Die Zusammenarbeit mit allen Ostseeanrainern zur zivilen Konfliktprävention und Friedenssicherung muss intensiviert werden. Dies umfasst insbesondere die konsequente Umsetzung des VN-Seerechtsübereinkommens und die Stärkung regionaler Kooperationsformate wie dem Ostseerat.

- Für maritime Notfälle muss ein verbindlicher Krisenreaktionsmechanismus etabliert werden, der eine enge Koordination und Kooperation bei der Reparatur beschädigter Infrastruktur sowie bei der Festsetzung von Schiffen, die Schäden verursachen, gewährleistet. Dieser Mechanismus soll proaktiven Informationsaustausch und schnelle Kommunikationskanäle zwischen den zuständigen Behörden der Ostseestaaten sicherstellen.

- Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Schutzkonzepts für kritische maritime Infrastruktur, insbesondere für Seehäfen, Unterwasserpipelines, Stromleitungen und Datenkabel. Dies beinhaltet Investitionen in fortschrittliche Überwachungstechnologien wie hydroakustische Systeme und unbemannte Unterwasserdrohnen zur Echtzeitüberwachung. Die Maßnahmen sollen an bestehende NATO-Initiativen angebunden und mit zukünftigen EU-Maßnahmen wie der Cable Security Toolbox harmonisiert werden.

- Der Dialog zwischen Umwelt- und Sicherheitspolitik soll intensiviert und gefördert werden. Ziel ist es, militärische Aktivitäten in der Ostsee umweltverträglich zu gestalten und Risiken für die maritime Ökologie zu minimieren. Dabei soll die Durchsetzung von Umweltschutz- und Sicherheitsstandards gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen konsequent verfolgt werden.

Vorgehen gegen gezielte Sabotage

- Um die Sicherheit des Seeverkehrs in der Ostsee angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens zu erhöhen, sind moderne Navigationshilfen, verbesserte Schiffsverkehrsdienste (VTS) und strenge Sicherheitsvorschriften einzuführen und konsequent anzuwenden.

- Eine koordinierte Strategie soll entwickelt werden, um die von der russischen "Schattenflotte" ausgehenden Bedrohungen zu bekämpfen. Auch soll es künftig eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs und intensiveren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zwischen den Ostseeanrainerstaaten geben.

- Es braucht einen klaren Rechtsrahmen zur Durchsetzung von Vorschriften zur Minimierung von Sicherheitsrisiken, einschließlich der rechtssicheren Option, Schiffe bei Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen festzusetzen. Der Fall der Festsetzung des Tankers "Eventin" hat gezeigt, dass Unklarheiten im rechtlichen Rahmen bestehen, die dringend beseitigt werden müssen [6].

- Dringend notwendig sind die Einführung einer strengeren Überprüfung der Versicherungen von Schiffen und die Unterbindung des illegalen Verkaufs von Tankern an die russische Schattenflotte. Dies soll durch ein Verbot für Schiffe ohne entsprechende Versicherung, sich in EU-Gewässern aufzuhalten, gelingen sowie durch die Einführung einer nationalen Steuerung von Schiffsverkäufen durch Reedereien mit vorheriger Risikoprüfung.

- Schiffe, die unter Umgehung der von der EU verhängten Sanktionen russisches Rohöl transportieren, sollen konsequent sanktioniert werden.

- Auf Bundesebene soll ein Sicherheitsgesetzt erarbeitet werden, das die Zuständigkeiten innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer klar regelt und Handlungssicherheit für die beteiligten Behörden schafft. Die Landesregierung soll dabei unterstützen.

- Die Kapazitäten der Wasserschutzpolizei in Mecklenburg-Vorpommern müssen erhöht werden, um eine effektivere Überwachung der Schifffahrtswege in den Küstengewässern des Landes zu gewährleisten.

FAZIT

Klimaschutz und Sicherheit sind Gemeinschaftsaufgaben, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, Vorreiter beim Schutz der Ostsee und auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu werden. Das gelingt aber nur, wenn wir ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft und sicherheitspolitisches Denken miteinander verbinden – anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Eine gesunde Umwelt ist keine Nebensache, sie ist die Grundlage für Wohlstand und soziale Stabilität. Die Ostsee zeigt uns, wie alles zusammenhängt: Wo Natur geschützt wird, bleibt Lebensqualität erhalten. Wo nachhaltige Energie erzeugt wird, wächst die Unabhängigkeit. Und wo wir gemeinsam handeln, entstehen Zukunftsperspektiven für alle. Deshalb fordern wir,

jetzt mutig voranzugehen – für eine starke Region, eine gesunde Ostsee und ein Leben in Sicherheit und Frieden.

Referenzen:

[1] 41. Deutsche Tourismusanalyse 2025, BAT-Stiftung für Zukunftsfragen.

[2] European State of the Climate 2024, Copernicus Climate Change Service (C3S) and the World Meteorological Organization (WMO) and European Union, represented by the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts (ECMWF), 2025. https://climate.copernicus.eu/esotc/2024.

[3] Landesverordnung über besondere Anforderungen an die Düngung in belasteten Gebieten (Düngelandesverordnung – DüLVO M-V), Anlage 1, 17. Januar 2023.

[4] Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandsaufnahme und Empfehlungen (Stand 2011), Meeresumwelt Aktuell Nord- und Ostsee, 2011/3, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Hamburg und Rostock 2011.

[5] https://www.kein-massentourismus-auf-puetnitz.de/2024/06/29/center-parcs-will-nach-alternativem-standort-fuer-puetnitz-suchen-wir-wollen-jetzt-klarheit/

[6] https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tanker-eventin-rechtsmittel-100.html

Unterstützer*innen

Denis Wermuth (KV Vorpommern-Rügen)